



## Ratsfraktion Oldenburg

Altes Rathaus, Markt 1 (Zimmer 4), 26105 Oldenburg, Tel.: 0441-2352686, Mail: [cdu-fraktion@stadt-oldenburg.de](mailto:cdu-fraktion@stadt-oldenburg.de)

ViSdP: Dr. Esther Niewerth-Baumann / Christoph Baak, Redaktion: Oliver Bloch/Ratsperiode 2021-2026, Ausgabe 13

# Ratsreport – Dezember 2024



1

Gute Ergebnisse nach intensiver Beratung: Auch in diesem Jahr trafen sich Fraktion und kooptierte Mitglieder wieder auf Gut Altona zur Klausurtagung. Neben dem städtischen Haushalt ging es um weitere aktuelle Themen und um erste Weichenstellungen Richtung Kommunalwahl 2026. Es fehlen Niklas Howad und Tobias Freitag. Bild: Sylvia Eilers

## Haushalt 2025: Mit mehr Disziplin gegen das Defizit

Das drohende Rekorddefizit im städtischen Haushalt von 90 Millionen Euro lässt für die CDU-Ratsfraktion nur einen Schluss zu. „Wir müssen die Ausgaben endlich in den Griff bekommen“, fordert der Fraktionsvorsitzende Christoph Baak mehr Haushaltsdisziplin. Da diese bei den Mehrheitsfraktionen nicht zu erkennen ist, hat die CDU den Entwurf von Bündnis 90/Die Grünen und SPD in der Ratssitzung am 16. Dezember abgelehnt. Insgesamt umfasst der Ergebnishaushalt auf der Ausgabenseite ein Rekordvolumen von rund 819 Millionen Euro.

„Wir können den beiden Fraktionen zwar nicht den Vorwurf machen, hemmungslos draufzusatteln und in einigen Punkten finden sich sogar Übereinstimmungen. Dennoch summieren sich die Mehrausgaben im siebenstelligen Bereich - bei rund 1,5 Millionen Euro im

Vergleich zum Verwaltungsentwurf“, begründet Baak. Darüber hinaus sei der Haushaltsentwurf von Grün-Rot wenig ambitioniert, ohne rote Linie und anscheinend nach dem Gießkannenprinzip entstanden: „Jeder bekommt ein bisschen.“ Vor allem im Hinblick auf den wachsenden Fehlbetrag des Klinikums und die deutlich schrumpfenden Einnahmen aus dem Finanzausgleich müssten die Ausgaben stärker kontrolliert werden.



**Ohne Sparen geht es nicht: Die Haushaltslage der Stadt Oldenburg bleibt extrem angespannt.**  
Bild: Claudia Hautumm/Pixelio.de

Zudem kritisiert die CDU-Fraktion die geplante Neugründung einer städtischen Wohnungsgesellschaft, die in den kommenden zwei Jahren mit 5 Millionen Euro im Haushalt zu Buche schlägt. „Damit finanzieren wir eine weitere dauerhaft defizitäre städtische Gesellschaft“, kritisiert Baak und schlägt vor, stattdessen jeweils 500.000 Euro pro Jahr zusätzlich in die Altbausanierung zu investieren: „Das ist klimafreundlich und wertet den Bestand auf.“

In ihrem gemeinsamen Entwurf mit der Gruppe FDP/Volt hat die Fraktion zwei weitere Akzente mit jeweils 100.000 Euro gesetzt. Zunächst geht es um die erneute Forderung nach einer Organisationsanalyse der Verwaltungsstrukturen. Ziel ist eine interne Aufgabenkritik, um die Verwaltung auf die künftigen Herausforderungen wie Fachkräftemangel, Generationswechsel und Digitalisierung vorzubereiten. „Auf jeden Fall müssen wir dem stetigen Personalaufwuchs eine Grenze setzen und erst einmal die offenen Stellen besetzen“, fordert die Fraktionsvorsitzende Dr. Esther Niewerth-Baumann im Hinblick auf den Stellenplan mit knapp 80 neuen Planstellen.

Ein sozialpolitischer Ansatz der CDU-Fraktion ist die Aufstellung eines Kinder- und Jugendfonds in Höhe von 100.000 Euro. „Dieser soll vor allem der Präventionsarbeit zugutekommen, wo das Geld gut angelegt ist“, sagt Niewerth-Baumann. Unterm Strich sieht der Entwurf von Christdemokraten und FDP/Volt eine kleine Einsparung von 14.000 Euro im Ergebnishaushalt vor. „Das ist mit Blick auf das Gesamtvolumen des städtischen Haushaltes zwar zu vernachlässigen, aber immerhin ein Anfang“, resümiert Baak.

Mit Blick auf die Zukunft warnte der Fraktionsvorsitzende vor einem Abrutschen in die Haushaltssicherung unter Landesaufsicht: „Dann haben wir keinen Spielraum mehr für freiwillige Leistungen. Da müssen wir jetzt gegensteuern.“

## **Einzelhandel entwickeln – nicht verhindern**

Die Entwicklung und Steuerung des Einzelhandels ist eine wichtige kommunalpolitische Aufgabe. „Sie dient der Sicherung lebendiger Zentren in Innenstadt und Stadtteilen mit dem Ziel einer flächendeckenden Nahversorgung in Oldenburg“, erläutert der baupolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Olaf Klaukien, den Grundgedanken des Einzelhandelsentwicklungskonzepts, dessen Fortschreibung die CDU in der Dezember-Sitzung des Rates zugestimmt hat. Dabei sind viele Anregungen aus Politik und Wirtschaft umgesetzt worden, zum Beispiel die Ansiedlung eines Drogeriemarktes in Osternburg, weitere Entwicklungsperspektiven für die Fachmarktzentren und eine Neueinstufung von Tierfutter

als nicht mehr nahversorgungsrelevant. „Der Austausch mit den Unternehmen hat uns gezeigt, wo wir nachjustieren müssen, damit das EEK seinen Zweck erfüllt: Einzelhandel ermöglichen statt zu verhindern und dabei weder zu starr noch zu beliebig zu sein“, betont Klaukien. Der Änderungsantrag der Fraktion, die Heiligengeiststraße im Nahversorgungsbereich Innenstadt zu belassen, fand im Rat keine Mehrheit, bedauert Klaukien: „Hier besteht die Gefahr, dass die Entwicklungsmöglichkeiten des Einzelhandels vor Ort künftig stark begrenzt werden.“

## Edith-Ruß-Haus: Fraktion gegen Umbenennung



Soll nach Meinung der Fraktion seinen Namen behalten: Das Edith-Russ-Haus in der Katharinenstraße. Bild: © Edith-Russ Haus

Gegen eine Umbenennung des Edith-Ruß-Hauses für Medienkunst hat sich die Fraktion auf ihrer Klausurtagung Mitte November ausgesprochen. „Wir haben uns die Entscheidung nicht leichtgemacht“, begründet Dr. Esther Niewerth-Baumann die Position: „Unserer Meinung nach muss ein konstruktiver Umgang mit der Vergangenheit von Edith Ruß gefunden werden.“ Edith Ruß sei zwar NSDAP-Mitglied gewesen, dürfe aber nicht darauf reduziert werden. Als Sonderschullehrerin habe sie in der Nachkriegszeit mit geistig und körperlich beeinträchtigten Kindern gearbeitet und sich somit von

der NS-Ideologie entfernt. „Zudem halten wir es für moralisch verwerflich und rechtlich fragwürdig, nach einer möglichen Umbenennung das Stiftungserbe als Stadt zu behalten“, ergänzt Niewerth-Baumann. Stattdessen biete die Biografie von Edith Ruß die Chance, sich kritisch mit der Rolle von Medien in Diktaturen auseinanderzusetzen.

3

## Grundschule bleibt in Wechloy



Bleibt am Küpkersweg: Die Grundschule im Stadtteil Wechloy. Bild: Oliver Bloch

Nach langer Debatte steht das Ergebnis fest: Die Grundschule Wechloy bleibt am Küpkersweg, die umstrittenen Umzugspläne ins Schulzentrum Eversten sind vom Tisch. Die Entscheidung fiel in der November-Sitzung des Rates mit den Stimmen der CDU-Fraktion. „Wir haben diese Position von Anfang an vertreten, da ein Standortwechsel viele Nachteile mit sich gebracht hätte“, sagt die Fraktionsvorsitzende Dr. Esther Niewerth-Baumann. Dem schließt sich die jugendpolitische Sprecherin Annika Eickhoff an: „Grundschulkinder brauchen ein kindgerechtes Umfeld, das wir in einem Schulzentrum zwischen Oberschule und Gymnasium an der Theodor-Heuss-Straße nicht gesehen haben.“ Dennoch müsse die Entwicklung der stark nachgefragten Grundschulen im Stadtwesten auch nach dieser Entscheidung im Blick bleiben, zumal auch die GS Wechloy zweizügig ausgebaut werden soll.



Auch zu weiteren Schulthemen hat die Fraktion klar Position bezogen. Dabei konnte eine erneute Erhöhung der Mensapreise an Grundschulen gemeinsam mit den anderen Fraktionen verhindert werden. Nicht durchsetzen konnte sich die CDU hingegen bei einer früheren zweiten Abholzeit (unmittelbar nach dem Mittagessen) im künftigen Ganztage. Kritisch sieht die Fraktion auch den Beschluss zur erneuten kostspieligen Erweiterung der Bioprodukte in Schulmensen und die Einführung eines entsprechenden Bio-Monitorings.

## **Frohe Weihnachten und alles Gute für 2025**



Bild/Grafik: Sylvia Eilers

*Die CDU-Fraktion wünscht frohe und  
besinnliche Weihnachten und einen guten  
Start ins neue Jahr 2025*